



Wettbewerbsfähige Privatbanken dank differenzierter Regulierung

Referat von Yves Mirabaud, Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken und Geschäftsführender Senior-Gesellschafter der Mirabaud-Gruppe, Genf

Sperrfrist bis 18. Januar 2018 um 10 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort.

Bern, 18. Januar 2018

Meine Damen und Herren

Die 2008 ausgebrochene Banken- und Finanzkrise hat prägende Erinnerungen hinterlassen und die Finanzplätze weltweit dazu veranlasst, mit der Vergangenheit aufzuräumen und sich für die Zukunft neu aufzustellen. Bei den Paradigmenwechseln, die beobachtet werden konnten, gehört die Verschärfung der nationalen und internationalen Regulierungen zu den Entwicklungen, welche die Bankinstitute, die ihre Funktionsweise und ihre Kultur grundlegend überarbeiten mussten, weltweit am empfindlichsten getroffen hat. Zehn Jahre später sehen sich die Finanzplätze mit einer regelrechten Regulierungswelle konfrontiert. Und abgesehen von den US-Banken, die von der Nachsicht ihrer Regierung profitieren, obwohl sie das Erdbeben ausgelöst haben, müssen die Banken Regulierungskosten bewältigen, die sich mehr als verdoppelt haben. Dies gilt auch für die Schweizer Privatbanken, die trotz zufriedenstellender Ergebnisse für 2017 neue Wege finden müssen, wenn sie ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Dynamik beibehalten möchten.

Eine differenzierte Regulierung

Dass diese Überregulierung im angelsächsischen Raum als „Gold Plating“ bezeichnet wird, kommt nicht von ungefähr. Der Name bringt deutlich zum Ausdruck, dass die Banken in diesem Korsett nur ersticken können. Er zeigt auch, dass die Regulatoren im Unterschied zu den Alchimisten des Mittelalters, welche Blei zu Gold machen wollten, das Wunder vollbracht haben, Gold in Blei zu verwandeln. Für die kleinen und mittelgrossen Vermögensverwaltungsbanken ist dieses Korsett besonders eng. Sie bekommen die verstärkte Anwendung der internationalen Standards, die ursprünglich für die Regulierung der systemrelevanten Banken geschaffen wurden, mit voller Wucht zu spüren. Sie betreiben unverhältnismässig viel Aufwand, um alle geltenden Vorschriften einzuhalten, obwohl deren Nützlichkeit nicht immer offensichtlich ist.

Dies hat sogar die FINMA im vergangenen Herbst eingestanden, indem sie einräumte, dass die Schraube für die kleinen Banken etwas gelockert werden sollte. Mark Branson anerkannte, dass die Diversität des Bankensektors ein Vorteil für die Schweizer Wirtschaft ist und die kleinen Bankinstitute die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation stimulieren und erklärte sich bereit, den Grundsatz der Verhältnismässigkeit besser anzuwenden, damit diese Banken weiter wachsen und sich entwickeln können. Er schlug verschiedene Erleichterungen für kleinere Banken vor, insbesondere für solche mit einem verwalteten Vermögen von weniger als 20 Milliarden



Schweizer Franken, und skizzierte folgende drei Ansatzpunkte: Die Komplexität der Regulierung für diese Institute abbauen, die Kleinbanken mit den geringsten Risiken von gewissen Anforderungen gänzlich befreien und die Häufigkeit der Aufsichtsprüfungen verringern, um die diesbezüglichen Kosten zu senken.

Auf den ersten Blick eine gute Initiative seitens der FINMA, die sehr positiv von den Privatbanken aufgenommen wurde. Es muss jedoch genau verfolgt werden, ob dieser Absicht auch konkrete Taten folgen. Und das Proportionalitätsprinzip könnte noch viel konsequenter umgesetzt werden.

Die Finanzmarktaufsicht hat auf halber Strecke Halt gemacht und die Aufsichtskategorien gemäss rein quantitativen Kriterien definiert, wie Bilanzsumme, verwaltetes Vermögen, privilegierte Einlagen und Mindesteigenmittel. Sie verzichtet jedoch allzu oft darauf, den ihr zur Verfügung stehenden Spielraum zu nutzen, um einen differenzierten Ansatz entsprechend den Geschäftsmodellen der Banken und deren effektiven Risiken umzusetzen. Ein solcher Schritt könnte es jedoch einigen Instituten der Kategorie 3 wie Pictet, Lombard Odier, Julius Bär oder Vontobel, die nur geringe Risiken aufweisen, ermöglichen, ebenfalls von gewissen Erleichterungen zu profitieren.

Die FINMA könnte in verschiedenen Bereichen eine differenziertere Regulierung unter Berücksichtigung der effektiven Geschäftstätigkeit der Banken umsetzen.

- Auf Stresstests und andere jährliche Kapitalplanungskonzepte, welche die Resistenz der Kleinbanken gegenüber einer ernsthaften oder massiven Verschlechterung der Wirtschaftsbedingungen messen, könnte bei ausgezeichneten Liquiditäts- oder Eigenmittelkennzahlen verzichtet werden. Oder es könnte zumindest die Häufigkeit solcher statistischen Erfassungen reduziert werden.
- Das Reporting über Zinsrisiken, Ausfallrisiken von Gegenparteien oder Titeltransaktionsrisiken sollte vereinfacht werden.
- Letztlich müssen zahlreiche Finanzinformationen sowohl an die FINMA als auch an die SNB übermittelt werden. Hier könnten die Anforderungen besser koordiniert werden, um den Banken unnütze und kostspielige Doppelspurigkeiten zu ersparen.

Im Weiteren kann nie ausreichend darauf hingewiesen werden, dass die im Vermögensverwaltungsgeschäft tätigen Banken zu einem überwiegenden Teil von im Ausland ansässigen Kunden abhängig sind und daher einen wesentlichen Teil der Schweizer Exportwirtschaft bilden. Ein Grund mehr für die FINMA, deren Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene aktiv zu unterstützen, indem eine effiziente, schlanke und verhältnismässige Regulierung angewendet wird, welche die Banken nicht bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit behindert.

Am 7. Dezember 2017 hat die FINMA mit ihren zusätzlichen Erläuterungen zur Proportionalität in Zusammenhang mit der Revision ihres Rundschreibens zur Offenlegung der Banken bewiesen, dass sie fähig ist, den Banken der Kategorie 3 mehr Spielraum einzuräumen. Wir



begrüssen diese Flexibilität und ermutigen die FINMA dazu, mehr Beispiele dieser Art folgen zu lassen.

Wenn wir für mehr Vernunft bei der Regulierung plädieren, dann auch aus dem Grund, dass die Überregulierung, die den kleinsten Banken eine zu hohe Last aufbürdet, zu einer vermehrten Konsolidierung im Bankensektor führt. Und weil diese Entwicklung die Diversität des Finanzplatzes Schweiz, die für dessen Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit absolut unabdingbar ist, nach und nach zerstört.

Die Paradise Papers

Bis sich die Wolken am Himmel verziehen, halten sich die Banken genauestens an die Vielzahl von Normen und Standards. Daher sollten sie für ihr Verhalten nicht mehr unrechtmässig kritisiert werden. In diesem Zusammenhang sollten auch die von ihren Kunden genutzten juristischen Personen nicht weiter schlecht gemacht werden. Warum? Ganz einfach darum, weil diese Strukturen rechtmässig sind und ermöglichen, aus familiären oder geschäftlichen Gründen ein legitimes Bedürfnis nach Vertraulichkeit zu bedienen.

Die Erkenntnis, dass alles, was legal ist, nicht unbedingt auch moralisch einwandfrei ist, darf nicht dazu führen, dass alles als kriminell betrachtet wird, was nicht als ethisch gilt. Es ist nicht die Aufgabe der Banken, alles als illegal zu behandeln, was von der Gesellschaft als unmoralisch angesehen wird. Die Banken müssen sich an die Gesetze und Vorschriften halten, und es obliegt dem Gesetzgeber, diese zu ändern, falls sie den Anforderungen nicht mehr entsprechen.

Beim falschen Skandal der Panama oder Paradise Papers sollte nicht vergessen werden, dass es dabei um gestohlene Daten geht, das heisst um das Ergebnis illegaler Praktiken, auch wenn diese von gewisser Seite als «moralisch» betrachtet werden. Es wäre interessant zu wissen, wer diese Daten gestohlen hat, und zu welchem Zweck. Dann würde man sich darüber bewusst, dass die Organisatoren dieser gemachten Skandale dieselben sind, welche ununterbrochen und lautstark verlangen, die gesamte Wirtschaft in ein Korsett zu zwingen. Ihr wirkliches Ziel besteht nicht darin – wie sie leider mit Erfolg weiszumachen versuchen – der weltweiten Wirtschaft ihre moralische Unbeflecktheit zurückzugeben, sondern von der Schwächung ihrer Konkurrenten zu profitieren. Und wenn wir uns nicht in Acht nehmen, sind wir bald alle in diesem Saal von den Folgen dieses internationalen Zirkus betroffen. Denn es ist die gesamte Wirtschaft, die auswandern wird, wenn sie nicht mehr unter guten lokalen Bedingungen gedeihen kann.

Die Bedeutung der Kleinbanken

Daher müssen unsere Behörden bei der Umsetzung internationaler Vorschriften in Schweizer Recht darauf achten, nicht strenger und schneller als die konkurrierenden Finanzplätze vorzugehen. Im Weiteren müssten unsere Unterhändler versuchen, die Übernahme dieser internationalen Standards durch den Finanzplatz Schweiz zur Aushandlung von Vorteilen zu



nutzen, beispielsweise um im Gegenzug den Marktzugang zu erhalten, der für unsere Export- und Wettbewerbsfähigkeit unabdingbar ist.

Ich möchte diese Worte anhand der Entwicklung der Mitglieder der Schweizerischen Privatbanken im Ausland illustrieren und versuchen, den dadurch entstehenden Verlust für die Wirtschaft unseres Landes einzuschätzen. Im Hinblick auf diese Pressekonferenz haben wir eine Schätzung der Bedeutung dieser Banken anhand der Arbeitsstellen und Steuereinnahmen vorgenommen, denn ohne konkrete Zahlen kann man sich nur bedingt eine Idee von ihrem effektiven Beitrag an die Wirtschaft machen. Mit den Zahlen untermauert spricht die Analyse jedoch Bände.

Zwischen Ende 2007 und Ende 2017 nahm der Personalbestand der Mitglieder der VSPB von 5815 auf 8109 zu. Von diesen 2294 zusätzlichen Stellen entfallen 1438 auf das Ausland und 857 auf die Schweiz. Mit anderen Worten: Der Personalbestand unserer Mitgliedsbanken hat im Ausland mehr als verdoppelt und in der Schweiz um nur 19% zugenommen.

Nun werde ich Ihnen mit einer ungefähren Berechnung aufzeigen, wie teuer die Abwesenheit dieser Arbeitsplätze die Schweiz zu stehen kommt. Geht man davon aus, dass der durchschnittliche Lohn dieser seit 2008 im Ausland angestellten 1438 Mitarbeiter 180'000 Franken beträgt, ergibt sich eine Gesamtsumme von 250 Millionen Franken, die der Wirtschaft entgehen, und nahezu 100 Millionen Franken, die den Schweizer Steuerbehörden entgehen. Da nur 5% der Bankarbeitsplätze in der Schweiz auf die Privatbanken entfallen, können Sie sich den Ertragsausfall für den gesamten Sektor leicht ausmalen.

Damit steht fest, dass die Überregulierung nicht nur die Banken, sondern den gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz betrifft. Man sollte sich daher durch den Sirenen gesang nicht in die Irre führen lassen, einen kühlen Kopf bewahren und darauf achten, dass ein effektiver Unterschied zwischen den systemrelevanten und den übrigen Banken gemacht wird, um damit die Diversität, die Ausgewogenheit und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Finanzplatzes zu sichern.